

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen, Sabine Boeddinghaus,  
Deniz Celik, Heike Sudmann, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,  
Stephan Jersch, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**zu Drs. 21/17299**

**Betr.: Mit dir geht mehr! – Hamburger Engagementstrategie 2020 weiterentwickeln**

Mit der Drs. 21/17299 versucht Rot-Grün, den Ergebnissen aus dem Beteiligungsprozess zur Fortschreibung der Engagementstrategie 2020 gerecht zu werden, verliert dabei aber die Vielfältigkeit des Ehrenamtes und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Bedarfe völlig aus dem Blick. Engagierte im Bereich Kinderhospiz haben beispielsweise andere Fortbildungsbedarfe als Engagierte im Bereich Umweltschutz oder der Flüchtlingshilfe. Auch das politische Engagement von Geringverdienern/-innen und Grundsicherungsbeziehern/-innen findet keine besondere Berücksichtigung, obwohl davon ausgegangen werden muss, dass materielle Aspekte und zusätzliche finanzielle Ausgaben das Engagement von Erwerbslosen und Geringverdienern/-innen zusätzlich erschweren. Darüber hinaus sind Aufwandsentschädigungen bei Bezug von Grundsicherungsleistungen nach SGB II abzüglich eines Freibetrags von 200 Euro im Monat als Einkommen anzurechnen. Betroffen sind hiervon beispielsweise Mitglieder der Hamburger Bezirksversammlungen, für die das Entschädigungsgesetz gilt. Zudem sind kleinere Vereine und Initiativen häufig nicht in der Lage, Aufwendungen, die mit einer freiwilligen Leistung verbunden sind, auszugleichen.

Ehrenamt hat eine herausragende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die individuelle Teilhabe, Integration und Demokratie und sollte daher besondere Unterstützung und Wertschätzung erfahren. Hierzu gehört neben einigen im Antrag genannten Aspekten auch eine bessere strukturelle Förderung des freiwilligen Engagements.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. ergänzend zu den in Drs. 21/17299 genannten Punkten folgende Punkte bei der Fortschreibung der Engagementstrategie zu berücksichtigen:
  - a. Stärkung zielgruppenorientierter Ansätze (zum Beispiel für die Freiwillige Feuerwehr, Engagierte im Kinderhospiz, der Flüchtlingshilfe und so weiter),
  - b. Prüfung der Einführung von Bildungsgutscheinen, um so den spezifischen Fortbildungsbedarfen von Engagierten gerecht zu werden,
  - c. Einführung einer kostenlosen HVV-Karte für freiwillige Engagierte, um so Mobilitätsanforderungen im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements auszugleichen,
  - d. Einbeziehung von Fragen der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen bei Bezug von Grundsicherungsleistungen nach SGB II,

- e. Stärkung ehrenamtlichen Engagements – insbesondere von Vereinen – durch eine verbesserte strukturelle finanzielle Förderung,
- f. Vereinfachung der Beantragung öffentlicher Mittel und Transparenz bezüglich der verschiedenen Fördertöpfe sowie Förderrichtlinien,
- g. Bereitstellung aller erforderlichen Informationen zur Beantragung öffentlicher Mittel sowie die Vereinheitlichung der bezirklichen Vorgaben,
- h. gezielte Einleitung von Maßnahmen, die es auch migrantisch geprägten Initiativen und Vereinen ermöglichen, Zugang zu finanzieller Förderung zu erhalten,
- i. im Zuge der Digitalisierung weiterer Lebensbereiche auch die Beantragung öffentlicher Mittel weitestgehend digital (zum Beispiel durch die Einrichtung eines zentralen Portals zum Hochladen entsprechender Nachweise) zu ermöglichen,
- j. Verschlankung des Abrechnungswesens öffentlicher Mittel für Engagierte und Vereine insbesondere in Bezug auf die quartalsweise Berichterstattung, den abschließenden Verwendungsnachweis sowie die obligatorischen Zwischenberichte,
- k. regelhafte Implementierung von Bewohner-/innenräten oder ähnlichen Beteiligungsformaten in öffentlicher Unterbringung,
- l. Bereitstellung entsprechender zusätzlicher Ressourcen zur Anleitung, Begleitung und Evaluierung dieser Gremien,
- m. Entwicklung von geeigneten Evaluierungsinstrumenten, auch jenseits der Fortschreibung der Engagementstrategie, um so Kenntnisse über die Bedarfe ehrenamtlich Engagierter zu erhalten. Diese sollten transparent zur Verfügung gestellt werden,
- n. die Erfahrungen der Freiwilligenkoordination bei f & w fördern und wohnen AöR sollten systematisch in die Fortentwicklung der Gesamtstrategie einbezogen werden. Zu diesem Zweck sollte eine Erhebungen der bei f & w Engagierten durchgeführt werden.